

Universität Fribourg
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
14.2.2006

Schriftliche Prüfung in Allgemeine Finanzwissenschaft I
Bachelorkurs, 2. Jahr, WS 2006

MUSTERLÖSUNG

Fragen

1. Steuerpolitik

(a) Ein Staat erhält überraschende Einkünfte (z.B. aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes) im Umfang der Einnahmen der Einkommenssteuer für zwei Jahre. In der öffentlichen Debatte über die Mittelverwendung werden folgende Vorschläge vorgebracht:

- i) Das Geld soll sofort an die Bürger gehen. Deshalb soll den Bürgern die Einkommenssteuer für die vergangenen zwei Jahre erlassen werden, und – falls bereits bezahlt – zurückerstattet werden.
- ii) Das Geld soll sofort an die Bürger gehen. Aus Gerechtigkeitsgründen soll aber jedem Bürger gleich viel Geld verteilt werden.
- iii) Den Bürgern soll für das laufende und das kommende Jahre die Einkommenssteuer erlassen werden.
- iv) Aus Gerechtigkeitsgründen soll jedem Bürger im laufenden und im kommenden Jahr ein gleich hoher Betrag an der Steuerrechnung nachgelassen werden. Falls der Betrag die Steuerschuld eines Bürgers übersteigt, soll ihm die Differenz ausbezahlt werden.
- v) Jedem Bürgern soll ab dem nächsten Steuerjahr während zehn Jahren jährlich ein gleich hoher Betrag von einem Fünftel der normalen, durchschnittlichen Steuerzahlung an der Steuerrechnung abgezogen werden.

Beurteilen Sie die Vorschläge kurz aus steuertheoretischer Sicht. Haben Sie einen weiteren Vorschlag, der aus Ihrer Sicht besser wäre?

Steuerreformen sollten an ihrer Anreizwirkung beurteilt werden. Zwei Aspekte der Anreizwirkungen sind besonders wichtig: Anreize zu arbeiten und Anreize, in einem Staat Wohnsitz zu nehmen. Für ersteres sind die Grenzsteuersätze wichtig, für letzteres die Gesamtsteuerbelastung. Für beide Aspekte zählt, wie die Besteuerung in der Zukunft, nicht wie sie heute oder in der Vergangenheit aussieht. Zudem sollten die Anreize längerfristig wirken, da die Anpassung der Individuen nur langsam geht. Das ergibt folgende Beurteilung:

(i) Hat keinerlei positive Anreizwirkung; hat bestenfalls positive makroökonomische Effekte.

(ii) desgl.

(iii) Steuererlass senkt sowohl die Grenzsteuersätze wie auch die Gesamtsteuerbelastung auf Null. Aber nur für zwei Jahre. Deshalb ist die Anpassungsmöglichkeit der Individuen klein.

(iv) Senkt nur die Gesamtsteuerbelastung, nicht aber die Grenzsteuersätze. Zudem werden so tendenziell schlechte Steuerzahler (bzw. Subventionsjäger) angezogen. Da das Programm nur zwei Jahre läuft, sind die Anreizwirkungen zur Niederlassung aber ebenfalls klein.

(v) Programm vorteilhaft, da langfristig angelegt. Problem aber, dass es nur auf Gesamtsteuerbelastung zielt und Grenzsteuersätze nicht senkt.

Besser als die Programme (i-v) wäre eine Senkung der Grenzsteuersätze über 10 Jahre. Die Grenzsteuersätze könnten durch eine einfache Steuerfussenkung oder durch eine für alle Gleiche Senkung der Grenzsteuersätze (z.B. minus 5 Prozent) erreicht werden. Natürlich könnten die Steuern auch speziell für diejenigen Individuen stark gesenkt werden, die besonders elastisch auf Steuersenkungen reagieren können.

2. Unternehmensbesteuerung und Flat Tax

(a) Hinsichtlich der Unternehmensbesteuerung thematisieren Finanzwissenschaftlern oft mehr die Steuerstruktur als die absolute Höhe der Steuern. Welche Aspekte werden besonders betont? Weshalb?

Wichtig sind auch bei der Unternehmensbesteuerung die „dead weight losses“. Diese können bei einer Gewinnsteuer klein sein, da in einer geschlossenen Volkswirtschaft das Gewinnoptimum eines Unternehmens durch eine prozentuale Gewinnsteuer nicht beeinflusst wird. Die Höhe der Steuer ist erst im internationalen Kontext wichtig, in dem Unternehmen die Produktion oder das Steuersubstrat verlagern können. Die Steuerstruktur hat aber so oder so gewichtige Auswirkungen auf das Verhalten der Unternehmen. Wichtig ist insbesondere die Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital, d.h. von einbehaltenen Gewinnen, ausgeschütteten Gewinnen und Fremdkapitalverzinsung. Typischerweise werden ausgeschüttete Gewinne am höchsten besteuert, weil es eine Doppelbesteuerung durch die Besteuerung der Unternehmensgewinne und der Dividendenzahlungen gibt. Dadurch erhalten die Unternehmen Anreize, Gewinne übermäßig einzubehalten und gleichzeitig zu stark in Fremdkapitalfinanzierung zu gehen.

(b) Viele Ökonomen schlagen vor, das Steuersystem in Richtung einer „flat tax“ umzubauen. Dagegen wenden Politiker oft ein, das führe zu einer Umverteilung zugunsten sehr gut Verdienender. Was ist die einfache Begründung hinter dieser Behauptung? Was können Befürworter einer flat tax gegen diesen Einwand entgegenen?

Eine flat tax hat nur einen Grenzsteuersatz, der auf das Einkommen, das über der Freigrenze liegt, angewendet wird. Durch Freigrenze und konstanten Grenzsteuersatz ergibt sich eine indirekte Progression. Diese erscheint typischerweise tiefer als die Progression, wie sie heute durch die Einkommenssteuern vorgegeben werden. Der einheitliche Grenzsteuersatz ist höher, als der bisherige Satz für tiefe Einkommen, und tiefer, als der bisherige Satz für hohe Einkommen. Für die flat tax spricht aber aus verteilungspolitischer Sicht, dass ja gleichzeitig mit der Grenzsteuersatzverflachung auch die vielen Abzüge, Sonderbehandlungen und Steuerschlupflöcher aufgehoben werden. Die Gesamtwirkung einer flat tax muss deshalb im Einzelfall berechnet werden. Da den Gutverdienenden bisher wesentlich mehr Sonderregelungen und Abzüge zur Verfügung standen, kann die Umverteilungswirkung sogar progressiv sein.

3. Konsumorientierte Besteuerung

(a) Manche Ökonomen fordern den Umbau der Einkommenssteuer zu einer konsumorientierten Besteuerung. Worin unterscheidet sich eine solche Besteuerung von einer Besteuerung des Konsums durch eine Mehrwertsteuer?

Eine konsumorientierte Einkommenssteuer kann progressiv ausgestaltet sein und Freibeträge bieten.

(b) Was ist der Vorteil einer konsumorientierten Besteuerung gegenüber einer normalen Einkommenssteuer?

Eine konsumorientierte Einkommenssteuer verhindert die Ungleichbesteuerung von heutigem und zukünftigem Konsum und damit die Doppelbesteuerung des Sparens.

(c) Was sind die Nachteile und Probleme einer konsumorientierten Besteuerung?

Die Erhebung des Konsums ist noch weit schwieriger als die Erhebung des Einkommens. Die Konsumsteuer muss entweder als zinsbereinigte oder als sparbereinigte Einkommenssteuer erhoben werden. Im ersten Falle haben die Steuersubjekte Anreize, Arbeitseinkommen als Zinseinkommen auszuweisen, im zweiten Falle wird der Konsum als Differenz der Einkommens und des Sparens gemessen. Dafür muss aber das Sparen erhoben werden, was äusserst anspruchsvoll ist (insbesondere, wenn Individuen in verschiedenen Anlagemedien sparen, z.B. mittels Kunstwerken oder Sammlungsgegenständen). Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass der Konsum nicht einfach ins Ausland verschoben werden kann.

(d) Können Sie aus finanzwissenschaftlicher Sicht für eine klassische Einkommensbesteuerung und gegen eine konsumorientierte Besteuerung argumentieren?

Aus äquivalenztheoretischer Sicht könnte argumentiert werden, dass das Kapitaleinkommen einerseits ebenfalls von einer staatlichen Leistung abhängt und andererseits das Kapitaleinkommen ebenfalls zu einer höheren Staatsnachfrage führt. Deshalb wäre es nur richtig, wenn auch Kapitaleinkommen als Einkommen besteuert werden.

4. Mehrwertsteuer

(a) „Linke“ Politiker treten typischerweise für progressive Einkommenssteuern ein. Kann man den Ruf nach progressiven Einkommenssteuern auch ökonomisch rechtfertigen?

Ja. Aus äquivalenztheoretischer Sicht gilt, dass der Preis (Steuern) für staatliche Leistungen der Zahlungsbereitschaft des Individuums entsprechen sollte. Da die Zahlungsbereitschaft vom Einkommen abhängt, könnte das „optimale“ Steuersystem deshalb progressiv sein. Für eine genaue Antwort muss analysiert werden, ob sich eine Einkommenserhöhung stärker auf die Staatsnachfrage auswirkt als die gleichzeitige automatische Steuerpreiserhöhung (mit höherem Einkommen steigt ja auch bei proportionalen Steuern der Steuerbetrag automatisch an). Falls die Nachfrageerhöhung grösser als die Steuerpreiserhöhung ist, sollte der Steuerpreis zusätzlich durch einen progressiven Steuertarif angehoben werden. Die optimale Steuersatzerhöhung hängt dann von der Höhe der Preiselastizität der Staatsnachfrage ab.

(b) Gemäss Lehrbuch sollten Mehrwertsteuern verglichen mit Einkommenssteuern eigentlich vorteilhaft sein. Weshalb?

Sowohl Mehrwertsteuern als auch Einkommenssteuern besteuern zwar Freizeit nicht. Die Einkommenssteuern belasten aber das Sparen doppelt, Mehrwertsteuern hingegen nur einfach. Deshalb bewirken sie weniger Verzerrungen bei der Spar- vs. Konsumentscheidung. In vielen Ländern haben MwSt auch den Vorteil, dass sie eine in einem gewissen Sinne breitere Basis als Einkommenssteuern haben, weil die Einkommenssteuern oft manche Einkommensarten nicht erfassen.

(c) Gemäss einer Studie von Frank Bodmer sind die Schweizer Mehrwertsteuern volkswirtschaftlich schädlicher als die Einkommenssteuern. Woran kann das Ergebnis liegen?

Bei den MwSt gibt es überall viele Ausnahmen (z.B. die Wohnungsmiete und Bank- und Versicherungsleistungen). Deshalb gibt es eine Verzerrung zwischen den besteuerten und den nicht-besteuerten Gütern.

Da die MwSt nach dem Vorsteuer- oder dem Vorumsatzabzugsverfahren erhoben werden, können die steuerbefreiten Branchen die Vorsteuern auch nicht abziehen, d.h. im Gegensatz zu den normalbesteuerten Branchen zahlen sie Steuern auf den Investitionen und Vorprodukten. So werden sie durch die MwSt auch bei Exporten belastet, weil sie die Steuern nicht zurückfordern können.

Bei all dieser Kritik an der MwSt gilt es aber zu bedenken, dass die Besteuerung in den meisten Ländern ähnlich läuft, so dass der internationale Wettbewerb nicht verzerrt wird.

